

## Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

**Paris, 19. Nov.** Morgens. Das Handelstribunal hat den Grafen Pontalba in contumaciam zur Zahlung von 1,700,000 Francs an die Societät Mirès verurtheilt.

**London, 19. Nov., Nachm.** Die „Times“ theilt mit, daß der Prinz von Wales nach Weihnachten die jonsischen Inseln besuchen, dann nach Syrien und Egypten gehen und vor Eröffnung der Ausstellung nach England zurückkehren werde.

**Pesth, 18. Nov.** Die Beamtenkörper der Comitae Wieselburg, Tolna, Jala und Belys haben in corpore abgedankt, ebenso der Magistrat der Stadt Theresopol. Das warasiner Comitae petitionirt um Einberufung des ungarischen Landtages.

**Triest, 18. Nov.** In Istrien sind auch die Wahlen für die Curie des Großgrundbesitzes verfassungsfreundlich ausgefallen. Es wurden gewählt: die Großgrundbesitzer Joseph Susanni aus Cersano, und Paul Cardoich aus Capo d'Istria. Der Landtag ist jetzt complet.

Nachrichten aus Beyrut melden: Fuad Pascha ist wegen Unordnungen in einem Bezirke und Schwierigkeiten bei Einhebung der Steuern von Damascus hier eingetroffen. Als neuer Gouverneur des Libanon wird Davud Oglu, ehemals Gesandter der Pforte in Berlin, ein Christ von armenischer Abstammung und ein hochgebildeter Mann, genannt.

**Bombay, 23. Okt.** Der General-Gouverneur erließ eine Verordnung in Betreff des Verkaufs ungebauten Landes. Nachrichten aus Kabul, Kandahar und Turkestan zufolge, richtet die Cholera fortwährend große Verheerungen an.

## Preußen.

**Pl. Berlin, 19. Nov.** [Die Wahlen.] Die Stadt bot in den heutigen Frühstunden einen eigenthümlichen Anblick, der helle Sonnenschein eines kalten Novembermorgens sah die sonst so belebten Straßen öde und menschenleer; um 9 Uhr hatte der erste Akt der Wahlbewegung, welche seit Wochen und Monaten alle Gemüther erregte, alle Interessen in den Hintergrund drängte, begonnen. Die Wahllokale, welche der Magistrat mit unendlicher Mühe aufgetrieben hatte, füllten sich allmählich, alle Kaffeehäuser, Schulhöfe und Bureau-Räume, welche disponibel waren, hatte man mit Beschlag belegt und so die erforderlichen Räumlichkeiten gewonnen. Die Betheiligung bei den Urwahlen war nicht lebhafter als vor drei Jahren, vielleicht noch etwas geringer; es hatten im Ganzen etwa 40 Prozent der Wahlberechtigten sich betheiligt und zwar war die Theilnahme wie früher in der dritten Klasse am zahlreichsten. Die vielfachen Vorversammlungen trugen daher nicht wenig zu schneller Abwicklung der Urwahlen bei, um 1 Uhr war der Wahlakt in fast sämtlichen Bezirken beendet. Das Resultat derselben ist, so weit es sich bis jetzt übersehen läßt, ein vollständiger Sieg der liberalen Fraktionen; die Candidaten der Fortschrittspartei wurden meist in der dritten Klasse gewählt, die Anhänger des Hansemann'schen Programms in der zweiten und ersten; die feudale Partei hat trotz einer sehr guten Organisation und Agitation hier wenigstens eine große Niederlage erlitten. Nur der kleinste Theil ihrer Candidaten wurde gewählt, und die Partei selbst in den vornehmsten Stadtvierteln von Leuten im Stich gelassen, auf welche sie sonst zählen konnte; wie es heißt, gelang es nicht einmal, den Chef-Redacteur und die Hauptmitarbeiter der „Kreuzzeitung“ durchzubringen. In sämtlichen vier Wahlbezirken treten heute Abend bereits die am Morgen gewählten Wahlmänner zur ersten Beratung zusammen. Trotz alledem und alledem werden die berliner Wahlen nicht so radikal ausfallen, als man hier und da wohl besorgt; die Mehrzahl der bisherigen Abgeordneten wird wieder gewählt und wohl nur in einzelnen Fällen ein Vorgeschnittener hinzugefügt werden. Die Scheidegrenze wird immer die Militärfrage und auch nur in Bezug auf die Stellung der Landwehr und der zweijährigen Dienstzeit bilden. Es mag bei dieser Gelegenheit übrigens angeführt werden, daß der General Staffen haben sich doch hat bereit finden lassen, ein Mandat anzunehmen. — Die neue hier erscheinende Zeitung der Fraktion v. Wincke wird nun thatsächlich mit dem 1. Januar k. J. in das Leben treten, den Ausschuss, welcher die Sache in die Hand genommen, bilden die bisherigen Abgeordneten Bessler, Riedel, Weit und Reimer, so wie der Prof. Drosfen. Julian Schmidt, der künftige Chef-Redacteur dieser „Allgemeinen berliner Zeitung“, weilt bereits hier, wo er demnächst seinen Wohnsitz aufschlagen wird. — Zur Feier des Namenstages S. M. der Königin-Wittve erschienen die Soldaten der hiesigen Garnison heute im Parade-Anzuge mit decorirtem Helm.

**Berlin, 18. Nov.** [Der Bayle'sche Prozeß.] Heute Morgen begannen, wie bereits gemeldet, die Verhandlungen des Stadtchwurgerichts über die gegen den Schuhmanns-Wachmeister Köhler, den Polizeileutnant Schmidt, den Polizei-Oberst Bayle und Genossen erhobene Anklage. Der Zutritt zu dem Subterranea war, da nur eine mäßige Zahl von Willeits ausgegeben waren, kein so bedeutender, als man erwartete; das zu hörende Publikum war ein wesentlich anderes, als das sonst in den Gerichtssälen überwiegt. Für die Vertreter der Presse sind innerhalb des eigentlichen Gerichtssaales, in der Nähe der Geschwornenbank Plätze reservirt. Um 9 Uhr wurden die Angeklagten in den Saal geführt; es sind die drei oben Genannten, ferner der Polizeileutnant Greiff und der Buchdruckereibesitzer Nietadt. Die Angeklagten Bayle, Greiff und Nietadt sind schwarz gekleidet. Bayle's Aussehen ist ziemlich gesund und zeigt wenig Spuren der Krankheit, von welcher er im Gefängnis ergriffen gewesen ist; der Angeklagte Greiff sieht etwas leidend aus. Köhler und Schmidt haben wenig Charakteristisches in ihrem Außeren; der Letztere trägt einen sehr vollen, schon fast ins Graue spielenden Bart um Mund und Kinn. Die Anklage zerfällt in 14 einzelne Punkte, von denen die meisten Köhler und Schmidt betreffen. Es sind Unterschlagungen, welcher sich die Genannten an den ihrer Verwaltung anvertrauten Buch- und Materialien-Vorräten der Schuhmannschaft schuldig gemacht haben; außerdem werden sie beschuldigt, zur Verbedung ihrer Betrügereien Fälschungen in den Büchern v. vorgenommen zu haben. In einzelnen Fällen soll der Oberst Bayle die Vergehen der beiden Angeklagten gebilligt haben, und zwar um einzelnen Schulden aus dem Gewinn eine Gratification ertheilen zu können. Es wurden nämlich im Jahre 1857 von der Schneider-Commission der Schuhmannschaft eine große Anzahl Nachwächterträge gefertigt, für welche aus städtischen Mitteln 2021 Thlr. ausgesetzt waren. Von dieser Summe wurde ein Betrag von etwa 30 Thalern erpart, und es soll nun auf Vorschlag des Schmidt Bayle darenin gewilligt haben, daß diese Erparnisse unter die Schuhmänner, welche die Klade genährt hatten, als eine besondere Gratification vertheilt werde. Der letzte Punkt betrifft die bekannte Ausstellung des falschen Passes für Bayle unter dem Namen „Veberström“ und die Betheiligung der Angeklagten Greiff und Nietadt hierbei. Auf Antrag des Verteidigers, Rechtsanwalt Schwarz, gestattete der Gerichtshof den Angeklagten Greiff und Nietadt, als bei den ersten Anklagepunkten gänzlich unbetheiligt, sich zu entfernen, beide Angeklagten wurden jedoch zum Mittwoch Früh, bei Vernehmung des Contumacialverfahrens, event. der Verhaftung wieder vorgeladen. Heute wurde mit der Vernehmung der Angeklagten Köhler und Schmidt vorgegangen und dieselbe bis Punkt 7 der Anklage fortgesetzt. Nur in zwei Punkten war Köhler geständig, in den übrigen leugnete er und beschuldigte den Angekl. Schmidt, auf dessen alleinigen Befehl er überhaupt immer nur gehandelt haben will. Schmidt dagegen leugnete jede Betheiligung. Er will weder von

den Unterschlagungen, noch von den Fälschungen Kenntniß gehabt haben und beschuldigt seinerseits wiederum den Köhler, wobei die beiden Angeklagten mehreremale in Streit mit einander gerathen. In einem Punkte ist indeß auch Schmidt theilweise geständig; er giebt zu von Köhler für den Verkauf von Molton etwa 80 Thaler erhalten zu haben, während Köhler behauptet, daß es über 200 Thaler gewesen seien. Da ein Referat über diesen Prozeß ohne Mittheilung der Anklage-Acte ziemlich unverständlich bleiben würde, wir aber mit Rücksicht auf § 48 des Preßgesetzes diese vor Beendigung des Prozeßes nicht mittheilen dürfen, so behalten wir uns das Specielle Referat bis nach Schluß des Prozeßes vor, werden jedoch täglich über den weiteren Verlauf desselben kurze Mittheilungen machen. Zur Verhandlung des Prozeßes ist vorläufig diese Woche bestimmt, doch werden wahrscheinlich noch die ersten Tage der nächsten Woche in Anspruch genommen werden, da nach Vernehmung der Angeklagten 78 Zeugen abzuhören sind. Morgen, am Wahltag, ist keine Sitzung.

## Deutschland.

**Frankfurt a. M., 17. Novbr.** [Die preuß. Erklärung in Betreff des hannoverschen Antrages.] Folgendes ist der wesentliche Gedankengang in der Erklärung Preußens, abgegeben in der Bundestags-Sitzung vom 14. d. Mts., über den die Bildung einer Kanonenboot-Flotille betreffenden Antrag Hannover vom 31. Oktober: Die preussische Regierung verkenne nicht das von Hannover durch seine Antragstellung in dieser vaterländischen Angelegenheit betonte Interesse, glaube jedoch aus mehreren Gründen ihre Zustimmung nicht geben zu dürfen, und halte eine Erklärung deshalb schon jetzt für notwendig. Von dem ersten Wunsch der königlichen Regierung nach einem kräftigen Verteidigungszustande der norddeutschen Küsten geben die Erklärungen und Vorlage umfassender Pläne am Bunde mehrfach Zeugnis. Mehrere der nächstbetheiligten Küstenstaaten hätten mit der letzteren in ihrer Gesamtheit übereingestimmt, der technische Beirath der Bundesversammlung in ihnen die Grundlage für das weitere Vorgehen erkannt. Die königl. Regierung habe sich nicht überzeugen können, daß eine Verfolgung des hannoverschen Antrags zu der wünschenswerthen Förderung der Küstenverteidigung im Einzelnen oder Allgemeinen beitragen würde; vielmehr sei zu besorgen, daß damit, wie mit jeder Aussonderung einzelner Theile jener Pläne zum Behufe einer separaten Bundesbehandlung, diese Angelegenheit verwickelt, und ihre Erledigung von Neuem verzögert werde. Zur Begründung dieser Ansicht wird auf den Gesamtinhalt der bezüglichen Vorlagen verwiesen, nach welchen zwischen den verschiedenen Verteidigungsanstalten für die Nordsee, und namentlich auch zwischen den verschiedenen vorgeschlagenen Küsten-Flotillen ein enger Zusammenhang bestehen, und auch die Einheit im System und Kommando des Ganzen von vornherein berücksichtigt werden müsse. Jene Vorlagen umfassen alle Theile des vorgesehnen Werkes in gleicher Weise, und seien gleichmäßig zur Beschlußfassung der Bundesversammlung geeignet, und daher kein Grund zu ersehen, weshalb die darin für die Nordsee beantragten Kanonenboote eine besondere und bevorzugte Behandlung erfahren sollten. Die königliche preussische Regierung wünsche, hierin allen ihren Bundesgenossen bezeugend, dringend die möglichste Beschleunigung der Beratung und Ausführung ausstehender Küsten-Anstalten. Hierzu müsse über das Ganze der fertig vorliegenden Entwürfe baldige Entscheidung getroffen werden; eine Auscheidung einzelner Maßregeln für den Bundesweg sei zu verwerfen, Es wird hierauf hervorgehoben, wie Preußen bei der Organisation des maritimen Verteidigungssystems an der Nordsee ganz besonders interessiert sei, und eine Menge Gründe (Zabde-Etablissement, Verpflichtungen gegen Oldenburg, Schutz der eigenen Provinzen etc.) ihm eine direkte und wesentliche Betheiligung bei den Schutzvorkehrungen an der Nordsee zur Pflicht machen. Es müsse bei diesen Verhältnissen überraschen, daß der hannoversche Antrag gar keine Andeutung über die Theilnahme Preußens an der beregneten Flotte enthalte. Man müsse also besonderen Werth bei dem ganzen Unternehmen der Küstenverteidigung auf die die beachtlichsten Erfolge gewährleistenden Momente der Einheit des Systems und der Sicherheit der Ausführung legen. Naturgemäß müßten die maritimen Leistungen nach den maritimen Hilfsquellen, dem Verhältnisse der Handelsflotten, der seemannischen Bevölkerung entsprechend vertheilt, zugleich Initiative und Leitung des Unternehmens in die Hand des die nöthigen militärischen Anstalten zu Land und See besitzenden Staates gelegt werden. Ein solcher Anschluß sei für eine schnelle Herstellung maritimer Kriegsanstalten nöthig. Preußen brüdt daher wiederholt den Wunsch aus, die Bundesversammlung wolle auf die schleunige Erledigung der in den gemachten Vorlagen enthaltenen Anträge hinwirken. Etwaige Differenzen oder Meinungsverschiedenheiten könnten später ausgeglichen werden; die Ausführung im Allgemeinen brauche darunter nicht zu leiden. Preußen werde noch weiteres Material vorlegen und inzwischen nicht ermüden, seinerseits die praktische Lösung der Aufgabe im Interesse des Vaterlandes weiter vorzubereiten.

**Stuttgart, 16. Nov.** [Vom Landtage.] Gleich der Anfang der gestrigen Sitzung der Abgeordneten-Kammer war durch einen sehr pikanten Vorfall bezeichnet. Vor der Beratung des Gesetzesentwurfs zur Regelung des Verhältnisses der Staatsgewalt zur katholischen Kirche war die Endabstimmung über das Gesetz zur Förderung der Bodenkultur, das mit 62 gegen 7 Stimmen angenommen wurde. Hierbei hatte der Minister des Innern zugegen zu sein. Sobald aber der zweite Gegenstand an die Reihe kam, entfernte sich der Minister, und der Chef des Kultus-Departements, Staatsrath v. Goltzher, trat erst ein, nachdem jener sich entfernt hatte. Die Abwesenheit des Herrn v. Linden, die überdies so auffallend in Scene gesetzt war, fiel um so mehr auf, als dieser Minister seiner Zeit die Verteidigung des Konfessionsartikels übernommen hatte. Es wird erzählt, Staatsrath v. Goltzher habe sich ausdrücklich die Mitwirkung und Unterstützung seines Kollegen in der vorliegenden Debatte verboten. Da es sich um höchster Stelle der entschiedene Wunsch ausgesprochen worden sein, daß Freiherr von Linden sich nicht mehr in die kirchlichen Angelegenheiten mischen möge. In der gestrigen Sitzung ging die General-Debatte zu Ende. Die verschiedensten Gesichtspunkte machten sich geltend, doch ist der allgemeine Eindruck der Debatte der, daß die Annahme des Entwurfs mit nicht bedeutenden Modifikationen gesichert ist. Domkapitular Nitzsch sich mit seinem Antrag, gar nicht auf das Gesetz einzugehen, da ein solches Gesetz nicht zum Frieden führen könne, da nur die Convention den Katholiken die Garantie verfassungsmäßiger Gewissensfreiheit geben könne, völlig allein gelassen, weshalb er schließlich genöthigt war, seinen Antrag auf Tagesordnung zurückzuziehen. Die radikalen Katholiken, wie Probst und Walther, erklärten auf den Gesetzesentwurf einzugehen, um den Versuch zu machen, diejenigen Abänderungen an demselben vorzunehmen, welche dem Prinzip der Selbstständigkeit der Kirche entsprechen. Das Ober-Ausschichtsrecht verträge sich nicht mit der Autonomie der Kirche, nur ein Ober-Hoheitsrecht sei zulässig. Die Grenze für die Autonomie der Kirche sei bloß die allgemeine Staatsgesetzgebung, der Staat habe zu seinem Schutze die Strafgewalt. In diesem Sinne empfahlen sie die Sätze der Grundrechte über die Trennung von Kirche und Staat.

**Murich, 13. Nov.** [Deutsche Flotte.] Bekanntlich wurde in der General-Versammlung des Provinzial-Vereins zu Sammlungen für die deutsche Flotte der Beschluß gefaßt, bei der königlichen Landdrostei um die Genehmigung zu Betanstellung einer Collecte nachzusuchen. Wie nach dem Vorgange in andern Orten zu erwarten war, ist diese Genehmigung versagt. Sonst nimmt trotz der bis jetzt unterbliebenen Collecte die Flottensache einen höchst gedeihlichen Fortgang; wie der „Ostf. Ztg.“ mitgetheilt wurde, sind unter Anderem hier in Murich zur Zeit circa 400 Thaler aufgebracht, und der Ausschuss

hofft, sich mit Anfang nächsten Jahres in den Stand gesetzt zu sehen, eine Sendung von 10,000 Gulden an das preussische Marine-Ministerium einzinsen zu können.

**Kassel, 16. Nov.** [Verfügung.] Durch Ministerial-Ausschreiben vom 14. November ist den Ortsvorständen der Städte in ihrer Eigenschaft als Wahlcommissare eröffnet worden, daß, nachdem sich die Staatsregierung wiederholt „über die Bedeutungslosigkeit und Unzulässigkeit“ der bei den Wahlen vorgenommenen Proteste, Rechtsverwahrungen etc. ausgesprochen habe, Actenstücke, welche derartige Proteste, Verwahrungen etc. enthielten, ohne Weiteres zurückgegeben werden. Eine gleiche Eröffnung ist den Ortsvorständen der Landgemeinden gemacht worden, und zwar den Bürgermeistern des Landratsamts-Bezirks Kassel heute Vormittag durch den Polizei-Director Bernheim.

**Mainz, 16. Nov.** [Bei den Stadtrathswahlen] hat die Partei des Nationalvereins alle ihre Candidaten durchgesetzt.

## Italien.

**Neapel.** [Die Reaction] macht noch einmal vor Anbruch des Winters von sich reden; das wird aber auch Alles sein, denn politische Bedeutung haben diese Banditenstücke nicht mehr, seit die Franzosen nicht mehr schützende Hand leisten. Der „Moniteur“ bringt die nicht unwichtige Erklärung: „Briefe aus Neapel geben die Versicherung, daß die Ruhe mit jedem Tage mehr überhand nimmt, und daß, wenn die Einzelerhebungen, die vor einigen Monaten erfolgten, einen politischen Charakter zeigten, die jetzigen Unordnungen nur von Banden herrühren, die, nachdem sie die Bauernhöfe geplündert, die Eigenthümer gebrandschatzt haben, sich eilends wieder in die Berge zurückziehen. So war vor einigen Tagen der Pfarrer von Castronero, ein achtzigjähriger Greis, entführt und ins Gebirge geschleppt worden, mit der Drohung, man werde ihn verknüppeln, wenn die Familie nicht 5000 Ducati zahle.“ Durch die „Opinion Nationale“ erhalten wir noch eine Reihe Einzelheiten über diese Heldenthaten Chiavone's. Der Erzpriester, welchen die Bande entführt hatte, ist der Oheim der Abtissin der Benedictinerinnen in Colle, auf deren Beutel man es abgesehen hatte. In Castelluccio raubten die Banditen eine Anzahl italienischer Soldaten- und Nationalgardien-Uniformen, in welche sie sich sofort steckten, um so über ihren wahren Charakter zu täuschen. Ueber das Gesecht bei Veroli meldet das pariser Blatt: „Der Marsch der Franzosen war mit dem des italienischen Obersten Lopez, der in Sora steht, combinirt. Um zu verhindern, daß Chiavone Wind bekäme, hatten die Franzosen diejenigen, welche als mit den Räubern in Verbindung stehend bekannt waren, in die Kirche von Scifelli eingeschlossen, doch trotz dieser Vorsichtsmaßregel hatte Chiavone, gewarnt, sich in Sicherheit gebracht. Man fand in seiner Behausung nur seine Zuhälterin und die Frau seines Genossen Ginelli. Diese Weiber waren mit Reinigen der blutigen Kleider beschäftigt, die das Blutbad in Castelluccio mitgemacht hatten. Sie wurden gefangen genommen und alle Möbel in dem Hause, wo man auch Waffen und Munition fand, verbrannt. Von dort rückten die Franzosen nach dem Schlupfwinkel der Räuber, wo sie mit Schüssen empfangen wurden. So gerickt, machten die Franzosen einen Bayonetangriff und tödteten vier Räuber, nahmen drei gefangen und steckten alle Hütten in Brand, aus denen das Lager der Banditen bestand; auch fand man hier etwa hundert Stück Gewehre und sehr bedeutende Vorräthe an Schießbedarf. Unter den erbeuteten Sachen muß Chiavone's goldene Fingerringe, ein Geschenk Franz II., erwähnt werden. Die Feldapotheke war mit Arzneien und chirurgischen Instrumenten gut versehen. Auch Pferde, die zwei Tage vorher einem Landwirthe in der Nachbarschaft gestohlen worden, fand man hier im Lager. Die drei gefangen genommenen Banditen werden kriegsrechtlich behandelt und nicht den päpstlichen Behörden ausgeliefert werden.“ (R. 3.)

General Furr hat an das ungarische Comite von Bucharest, welches ihn aus Anlaß seiner Vermählung beglückwünscht hatte, ein Dankschreiben gerichtet, in welchem folgende Stelle vorkommt:

Saget unseren rumänischen Brüdern, daß alle die Männer, welche nach der Befreiung vom österreichischen Joch zur Ausübung eines Einflusses auf die ungarische Nation und Regierung berufen werden können, tief von der Ueberzeugung durchdrungen sind, die Frage der Nationalitäten könne nur auf der breitesten Basis der Gleichberechtigung gelöst werden. Saget ihnen, daß es ihr Pflicht sei, auf eine Lösung der Nationalitäten-Frage zu hoffen, so lange die österreichische Monarchie besteht. Es kann kommen, daß sich heute die eine und morgen die andere erhebt, um im Interesse der Wiener Gemaltherrschaft verwandt zu werden. Man wird die Ketten der Leichtgläubiger lockern, um die Gewisigeren desto leichter unterdrücken zu können. Aber schließlich werden Alle Sklaven sein und sich als solche gegenseitig beneiden und hassen, und wer sich am meisten darüber freut, wird ihr gemeinschaftlicher Feind, Oesterreich, sein. Befreien wir uns daher erst insgesammt vom Joch der Tyrannei und vereinen wir uns zur gemeinsamen Befreiung. Unter freien Männern kann die Verständigung nicht schwer sein. Suchen wir zugleich unsere rumänischen Brüder zu der Einsicht zu bringen, daß der letzte ungarische Landtag die Lösung der Nationalitäten-Frage nicht aus Mangel an gutem Willen unterlassen, sondern weil er sich unter seinen eigenthümlichen Verhältnissen nicht von seiner speciellen Mission entfernen durfte, ohne seine Stellung zu schwächen; und diese Mission war die, auf dem Boden der Gesechtheit zu kämpfen gegen die Gesechtheit, das Recht gegen die Usurpation zu verteidigen. Um dabei Erfolg zu haben, mußte er sich in Allem an die bestehenden Geseche halten. Auch die erwünschteste Ausnahme würde ihn von der sicheren Basis entfernt haben, die er weise eingenommen. Aber am Tage des Sieges wird diese Basis eine weitere sein, und die befreiten Völker werden, die triumphirenden Waffen niederlegend, zu brüderlichem Rathe vereint, Abhilfe schaffen für die Uebel der Vergangenheit und die Grundlage legen zu den verbündeten Donau-Staaten, in welcher den Bestrebungen aller Nationalitäten genug gethan wird.

## Schweiz.

**Bern, 16. Nov.** [Die Dappenthal-Affaire.] Während der Bundesrath für gut befunden hat, die eidgenössischen Commissare, den berner Regierungspräsidenten Migy und den Obersten Beillon, nochmals nach dem Dappenthal zu entsenden, um über die daselbst stattgefundene Gebietsverletzung einen förmlichen Procès-verbal (ein solcher ist in Folge der französischen Ablehnung allerdings notwendig geworden) aufzunehmen, trifft im Bundespalais aus Genf die offizielle Nachricht ein, daß sich vorgefunden auf dem Gebiete des Cantons ein ganz gleicher Vorfall ereignet hat, der, so viel ich bis jetzt erfahren konnte, in einer von französischer Gendarmerie bei dem genfer Dorfe Jussy in einer Entfernung von 150 Schritt von der Grenze vorgenommenen Verhaftung besteht. Lebten wir in gewöhnlichen Zeiten, so würde man diesem neuen Vorfall keine große Aufmerksamkeit schenken, unter den jetzigen Verhältnissen ist dies jedoch etwas anderes. Dem Vernehmen nach erwartet der Bundesrath nur noch einen nähern Bericht der genfer Regierung, um dann auch für diese neue Gebietsverletzung in Pa-

ris Reklamation erheben zu können. — Die Kälte, welche die waadtländer Regierung in der Dappenthal-Angelegenheit zeigt, ist durchaus nicht das Spiegelbild der Gesinnung der waadtländer Bevölkerung. Die „Gazette de Lausanne“ und der „Observateur du Léman“ nehmen sich ihrer mit Wärme an, und am 10. d. M. tagten in Lausanne die Abgeordneten aller Helvetia-Sectionen des Cantons, welche folgende Resolutionen faßten: 1) der Bundesbehörde soll Vertrauen geschenkt, 2) eine Adresse an dieselbe gerichtet werden mit dem Wunsche, daß sie die Bewaffnung der eidgenössischen Armee rasch vervollständige, und 3) dieselbe Behörde möge die Organisation von Freicorps in die Hand nehmen. — Letzten Berichtens aus Genf zufolge haben die Herren Fontanel, Challet-Benel, Piquet, Bantier und Veillard die auf sie gefallene Wahl in den Staatrath schließlich doch noch angenommen. Somit wäre nur noch für Campario ein Ersatzmann zu wählen. Bei der exceptionellen Lage, in der sich der Canton Genf befindet, sind selbst Gegner James Fazy's der Ansicht, daß es ein Unglück für den Canton Genf und die Schweiz wäre, wenn derselbe bei dem neuen Wahlgange nicht gewählt würde. So sagt der „Bund“: „Wie Genf demalsten, allerdings vornehmlich durch Fazy's Wahlen, beschaffen ist, und im Hinblick auf die offenen und geheimen Machinationen, die eine fremde annerkennende Politik Tag für Tag in jener Stadt treibt, müssen wir uns zu der Ueberzeugung bekennen, daß zur Stunde nur Fazy's energische und gewandte Hand jenen wichtigen Platz regieren kann. Wäre er nicht mehr da, so würden sogleich diejenigen Gegenstände, auf einander plagen, welche sich früher oder später reiben müssen und die man zu jeder andern Zeit als einen natürlichen Reibungsprozess begrüßen könnte. Heute aber diesen Akt politischer Chemie aufführen, würde das Land in die höchste Gefahr verlegen und denen gewonnenes Spiel geben, welche schon längst ihre Fangarme nach den schönen Geländen des Léman ausstrecken.“

Frankreich.

Paris, 17. Novbr. [Brand eines Kriegsschiffes.] Das französische Linienschiff „Infernal“ ist am 1. Okt. auf der Rhyde von Balparaiso ein Raub der Flammen geworden. Das Feuer brach um Mittag mit einer solchen Heftigkeit aus, daß es unmöglich war, Herr desselben zu werden. Man überließ alsbald das Schiff seinem Schicksal und feuerte über 100 Kanonenkugeln auf dasselbe ab, um es in Grund zu bohren. Alle trafen, ohne daß es unterging, bis es zuletzt gelang, die Pulverkammer und mit ihr das Schiff in die Luft zu sprengen. Die Erschütterung, welche die Explosion hervorbrachte, war so stark, daß alle Fensterscheiben der in der Nähe der Rhyde gelegenen Straßen zertrümmert wurden. Der Schaden, den die französische Marine durch den Verlust dieses Schiffes erlitt, wird auf 2 1/2 Millionen geschätzt. — Der Bey von Tunis hat ein Dekret erlassen, dem zufolge vom 9. Decbr. an aus seinen Staaten kein Getreide mehr ausgeführt werden darf. Die dortige Ernte ist nämlich ebenfalls schlecht ausgefallen. — Der Ex-Präsident der Republik Mexiko, Miramon, ist in Paris angekommen. — Die „Köln. Ztg.“ ist gestern und heute nicht ausgegeben worden. „Probablement elle n'a pas été sage“, sagte mir mein Concierge, als ich mich bei ihm nach derselben erkundigte. (R. 3.)

Großbritannien.

London, 13. Nov. [Ueber die spanische Thronrede] bemerkt die „Times“: „Indem wir diese Rede lesen, die in ihrem Stolz auf die Leistungen der letzten Jahre nichts Unmögliches hat, fühlen wir, daß die Redensart: „Africa beginnt bei den Pyrenäen“ heutzutage eine Verleumdung sein würde. Wir möchten eher ein anderes französisches Wort wiederholen und sagen: „Es giebt keine Pyrenäen mehr.“ Das Schauspiel eines alten Landes, das sich mit neuer Lebenskraft erfüllt, wird in unseren Tagen, wo man für die Prinzipien des Handels das richtige Verständnis hat, und wo man das wahre Gleichgewicht der Macht in der Jurisdiction eines jeden Staates mit seiner Stellung und seinen Beherrschern erkennt, keine Eifersucht hervorrufen. Obgleich nie ein Congress in diesem Jahrhundert das Wiederaufleben des spanischen Einflusses zum Gegenstande seiner Speculationen gemacht hat, so wird die Welt doch gewiß das Wiederaufleben Spaniens als europäische Macht ebenso gern wie die Einigung Italiens willkommen heißen. Während Ost- und Mittel-Europa in den letzten Jahren eher zurückgegangen ist, hat der Westen einen wunderbaren Aufschwung genommen. Der Vorwurf, daß Europa an den Extremitäten absterbe, daß Spanien und Portugal, Irland und Italien brandige Glieder seien, die den Leib schwächen und vielleicht umbringen — hat seine Wahrheit verloren. Aber bestehen muß man wohl, daß diese Besserung ganz unerwartet eingetreten ist. Die alten Leute in Spanien sind es, die sich über die Stellung ihres Vaterlandes freuen müssen, denn die jungen vermögen kaum sich zu erinnern, was Spanien in den Tagen Ferdinands VII. war. Abgesehen von den großen Dingen, die es in Amerika vollbracht hat, ist Spanien auch zu Gunsten des Papstes eingeschritten und die Königin erklärt, daß die Daywidenschaft nicht fruchtlos geblieben sei. Aber Ihre Majestät scheint mit Kleinigkeiten vorlieb zu nehmen, denn sie hat, wie aus ihrer Rede hervorgeht, nur erreicht, daß „jene Regierungen, die unter seiner (des Papstes) heiligen Leitung stehen, sich vereinigen und die Mittel finden sollen, ihm, innerhalb seiner Staaten, den Frieden und die Sicherheit zu verschaffen, die zur unabhängigen Verwaltung seines heiligen Amtes unumgänglich sind.“ Das dieses Versprechen des französischen Kaisers mit der Uebertragung der päpstlichen Besitzungen auf Victor Emanuel nicht unvereinbar ist, liegt auf der Hand.“ „Indem die „Times“ zuletzt auf die spanischen Waffenthaten in Amerika zu sprechen kommt, sagt sie: „Wenn es klug ist, wird es sich an dem genügen lassen, was es bis jetzt erreicht hat. Wenn es aber Lust hat, auf die Wiedereroberung von Mexiko Geld und Menschen zu verwenden, so darf man nicht wähen, daß wir ihm entgegengetreten würden. Das persönliche Interesse der Engländer an den spanischen Angelegenheiten beschränkt sich auf das finanzielle, und wir würden mit Bedauern sehen, daß es in Mexiko oder anderswo sein Geld wegwirft, da man sich, nach den Bemerkungen der Königin über die treffliche Lage der Staatsfinanzen, billigerweise der Hoffnung hingeben darf, daß die Abzahlung der spanischen Schulden eine Folge aller dieser steigenden Wohlfahrt sein werde.“ [Franz II.] Der pariser Correspondent der „Morning Post“ schreibt: „Es ist nicht wahr, daß, wie einige Blätter sagen, es der französischen Regierung gelungen sei, den Papst zu bewegen, daß er Franz II. bitte, Rom lebendwo zu sagen. Im Gegentheil, neuere amtliche Depeschen melden, daß in Verbindung mit Spanien daran gearbeitet wird, eine Armee von 10,000 Bignaniti zusammenzubringen, die ins Neapolitanische einfallen soll, und daß jetzt Agenten in Paris, Brüssel und London sind, um Waffenlieferungen zu bestellen.“

London, 16. Nov. [Der constitutionelle Umschwung in Frankreich.] Unter der Ueberschrift: „Der constitutionelle Umschwung in Frankreich“, schreibt der „Deconomist“: „Die Gefahren, durch die der Kaiser sich bestimmen ließ, müssen in der That groß sein, denn Fould's Programm ist nichts Geringeres, als ein constitutionelles Budget. Aber wird das Decret rechtlich ausgeführt werden? Wir glauben, daß wir einen Zweifel an der Möglichkeit solcher Ausführung nicht ganz loswerden können. Das ganze System der französischen Verwaltung hängt so vollständig von Crediten, Subventionen, plötzlichem Einschreiten zur Abwendung unerwarteter Unglücksfälle und eben so plötzlichen Gewalt-Anwendungen ab, daß Volk ist so gewohnt, den Kaiser handeln zu sehen, als ob er die liebe Fiktion wäre, daß er der größten Selbstbezwungung bedürfen wird, um der selbstauferlegten Regel gehorsam zu bleiben. Wenn der Druck des Augenblicks vorüber ist, wird er nur zu gern Credite eröffnen „vorbehaltlich“ einer Sanction, welche die Kammer nicht zu verweigern wagen wird, und einem nationalen Nothfalle müssen in Frankreich alle Regeln weichen. In Frankreich, wo jeder zweite Mann aus der regierenden Klasse bei einem Gehalt oder einer Subvention interessiert ist, oder in der Armee dient, oder eine „Idee“ hat, die durch Staats-Unterstützung zur Entwicklung kommen soll, ist eine strenge

Sparbarkeit nahezu unmöglich. Die Staats-Einnahme Frankreichs ist groß, und der Umstand, daß ein so großer Theil derselben auf öffentliche Bauten und Militär-Ausgaben verwandt wird, gestattet zuweilen eine plötzliche Unterbrechung der Ausgabe; aber dann ist zu bedenken, daß das Kaiserreich nicht die Regierung ist, die das Heer beleidigen darf oder die bei Staatsbauten beschäftigten Arbeiter entlassen kann. Eine große Anleihe, fürchten wir, wird selbst Herrn Fould ein viel geringeres politisches Wagniß scheinen.

Mit der Niederreißung des alten India House in der City ist gestern begonnen worden. An seiner Stelle werden Comptoirs und Waarenlager gebaut werden.

Großfürst Konstantin hat gestern Nachmittags mit seiner Gemahlin und seinem ganzen zahlreichen Gefolge England verlassen und auf der Admiralitäts-Yacht Osborne die Fahrt nach Rotterdam angetreten.

Sir John Forbes, Arzt des königlichen Haushalts und einer der geachteten hiesigen Aerzte, ist in seinem 74. Lebensjahre gestorben. Er graduirte in Edinburg, war früher Schiffsarzt, wurde im Jahre 1830 Leibarzt des Herzogs von Cambridge, im Jahre 1840 außerordentlicher Arzt des Prinz-Gemahls und trat im darauf folgenden Jahre in den königlichen Haushalt ein. Er war der erste, der (im Jahre 1821) das Auscultations-System nach England verpflanzte, und ein von ihm über diesen Zweig der medicinischen Wissenschaft im Jahre 1824 veröffentlichtes Werk hat seiner Zeit in England großen Beifall gefunden. Die Ritterwürde erhielt er im Jahre 1853.

In Portsmouth ist der Befehl eingetroffen, sämtliche zur ersten Reserve-Klasse gehörigen Kanonenboote zum sofortigen aktiven Dienst bereit zu halten. Zu diesem Zwecke geben die im Hafen liegenden Linienschiffe das erforderliche Contingent an Mannschaft und Officieren ab, auf ein gegebenes Signal werden die bezeichneten Kanonenboote für 2 Monate verproviantirt, und binnen 24 Stunden können sie sämtlich zum Auslaufen bereit sein. Die erwähnte Ordre ist vielleicht bloß auf ein Mandat berechnet.

Herr Diphant, der in Japan neulich verwundete Legationssecretair, ist in England angekommen.

Disraeli hat seit langer Zeit wieder einmal öffentlich gesprochen — über Kirchenbau-Abgaben, Essays and Reviews und deutsche Theologie. Er sagte über letzteres Thema im Wesentlichen, der deutsche Nationalismus sei das irrationellste aller Dinge, und die deutsche Idee von der Mythenbildung (the German mythical system) sei selbst eine Mythe geworden, und ihre berühmtesten Jünger hätten sich seitdem darauf verlegt, einen heidnischen Pantheismus wieder ins Leben zu rufen. Die „Times“ findet diese Kritik der deutschen Ideologie vortheilhaft; sie spreche in epigrammatischer Form Wahrheiten aus, die kein Engländer bestreiten werde. Disraeli erklärt, daß er der freien Forschung nicht entgegengetreten möchte, aber Geistlichen der Staatskirche komme das Recht der freien Bibelkritik nicht zu. Um die Politik nicht ganz zu vernachlässigen, griff Disraeli die Regierung mit der Bemerkung an, daß die von Lord Palmerston in den letzten Jahren vorgenommenen Bischofs-Ernennungen dazu beigetragen hätten, den Unfrieden in der Kirche zu nähren und zu vermehren.

Wir haben vor einigen Tagen erzählt, daß ein gemeiner Cavalierist, der im Jahre 1855 in der Krim desertirt war, jetzt erst eingezogen und vor's Kriegsgericht gestellt worden ist. Letzteres hat ihn, wie verlautet, straflos entlassen.

In der neuesten Bankerottliste figurirt unter einer endlosen Masse sogenannter kleiner Leute auch ein Russe aus altadeligem Geschlechte: „Georg Nikolaus Fürst von Galizin, Kammerherr des Kaisers von Rußland und Marschall des Gouvernements Tambu, ein Fürst des russischen Reiches, Componist, Musikmeister und Director von Konzerten.“ Der genannte Fürst lebte seit Jahr und Tag in London, und hatte zu verschiedenenmalen Konzerte dirigirt, in denen er russische Musik, darunter viele seiner eigenen Compositionen, dem englischen Publikum vorträte.

Rußland.

St. Petersburg, 13. Nov. [Die Nationalitäten-Bewegung.] Je lebhafter die Bewegung unter den slavischen Nationalitäten Oestrreichs in der Türkei sich entwickelt, desto mehr beschäftigen sich natürlich unsere russischen Blätter mit diesem Thema. Vor kurzem gelangte darüber ein Schreiben aus Prag an die „Moskauer Nachrichten“ von Herrn Trojanski über den Kampf der tschechischen mit der deutschen Partei, betreffend die Gleichberechtigung der Landes- (tschechischen) und der deutschen Sprache. Gleichberechtigung der Landes- (tschechischen) und der deutschen Sprache. Die slavischen nationalen Sprachen zu verdrängen und an deren Stelle die „deutsche“ treten zu lassen mit Unkenntniß gedacht. Diese Expectorationen des „Invaliden“ sind um so bemerkenswerther, als dies Blatt sich jüngst als unser „Gothaisches“ Centrum-Organ legitimirt und ziemlich energisch die Interessen des Slavismus vertritt, während die „Petersburgskaja Wjedomosti“ in ihren Correspondenzen „aus den slavischen Ländern“ schon seit längerer Zeit eifrig die Interessen der Südslaven wahrnehmen. Vom russischen Standpunkte aus ist dieses Wirken für slavische Interessen gewiß ein berufsmäßiges und würdiges und findet unter den Slaven gewiß dieselbe Anerkennung, wie das Wirken z. B. der preussischen Organe für preussisch-deutsche Interessen der Flotte und Nationalität. Ueberall erstrebt man dem Anscheine nach gleiche Ziele. — Behufs Erleichterung des Verkehrs hat der Kaiser die Aufhebung des Wegezölles von Waaren, die auf der Eisenbahn zwischen der preussischen Grenze und Romno transportirt werden, beschlossen; ferner die Erweiterung und Ausdehnung des Swirski-Kanals vom Rnie von Schurka zum Dorfe Sagubia, die als Bestandtheil zu den Verbesserungs-Arbeiten des Mariinski-Systems gehören. — Die „Senats-Rg.“ meldet den Wiedereintritt des Justiz-Ministers in sein Amt nach der Rückkehr von seiner Reise. — Die Fontanka, unser Hauptkanal, der die Stadt von der Galeerens-Insel an bis zum Letnij-Siad am Marsfelde durchschneidet, ist seit vorgestern bei 6 Grad Kälte mit Eis bedekt, so daß gestern bei der Siemenowsti- und Tschernischewbrücke Leute über die feste Eisdecke gegangen sind. (B. 5.)

Breslau, 20. Nov. Der berliner Schnellzug hat sich heute um fast 1 1/2 Stunde verspätet und traf statt um 6 1/2 Uhr Früh erst um 8 Uhr 5 Min. hier ein. Der Zug soll schon von Frankfurt aus 1 Stunde später abgegangen sein.

Breslau, 20. November. [Diebstähle.] Gestohlen wurden: dem Gebiä S. von seinem vor dem Nikolaithore belegenen Ader ein Haufen grüne Röhre, im Gewicht von 6 bis 8 Ctr.; ein am Hauje Ring Nr. 1, 2 festigt gewesenes Blechschloß, circa 1 Elle lang und mit der Aufschrift „2 Drehtrollen“ versehen; Lauenzien-Straße im Weißschen Hause ein blau-roth und schwarz-farirtes wollenes Kleid, ein roth- und schwarz-gemustertes Tuch und zwei Leinwandstücke; Schmiedebude Nr. 10 ein brauner Butsingrod mit seidnem Futter; Ring Nr. 45 ein Dredette und zwei Kopfstücken mit roth und weißgestreiften Inletten und mit lilu und weißfarirten Ueberzügen, sowie ein Unterbett mit blau und weißgestreiftem Inlett; Osterstraße Nr. 30 vier Stück Gänse; auf einem Neubau in der Gräblichnerstraße, aus verfloßener Bude ein Maurerhützel, eine Maurerkelle und ein Leinwandrod; in der Lederhalle eine Anzahl schwarze Kalbleber und 6 Paar eingewalkte rotheleberne Vorkübel; auf dem Markte einem Herrn ein Gelbbeutel von grauem Leder mit circa 15 Thaler; auf der Oberstraße eine wollene gefutterte Pferdebede, gelb mit rothen Streifen und blauer

Einfassung, durch Herabziehen derselben von einem Pferde, das an einem Wagen gespannt, kurze Zeit unbeaufsichtigt gelassen worden war.

Gestohlen oder verloren wurde am 18ten d. Mts., Nachmittags, eine Brieftasche mit 225 Thaler Inhalt, bestehend in zehn Kassenanweisungen zu 5, 25 und 100 Thaler.

Polizeilich in Beschlag genommen wurden: ein heller Buxking-Sommer-Rod mit dunkelrothfarbigem Futter, und ein Paar ganz gute blau und braun gemusterte Double-Düffelboote.

Verloren wurde: 3/4 Elle braunseidenes Zeug.

Angekommen: Oberlieutenant und Commandeur des ersten schlesischen Fusaren-Regiments Nr. 4, v. Ködlichen, aus Ohlau. (Pol.-Bl.)

Breslau, 19. Novbr. [Gewerbe-Verein.] Die gestrige Versammlung, unter Vorsitz des Hrn. Oberberghauptmann a. D. Dr. v. Carnall, war außerordentlich zahlreich, vorzugsweise von Handwerkern, besucht. Auf der Tages-Ordnung stand: Fortsetzung der Debatte über die Gewerbebefreiung. Nachdem Hr. Dr. Schwarz seine in voriger Versammlung dargelegten Ansichten in gewerbebefreiendem Sinne nochmals kurz resumirt hatte, eröffnete Hr. Hipauf die allgemeine Diskussion mit folgenden Bemerkungen. Auch er sei, wie viele seiner Standesgenossen, für zeitgemäße Aenderungen der Gewerbebefreiung von 1845 und 49; aber er finde nicht Alles so verwerflich, was die jetzige Gewerbebefreiung biete. So sehe er nichts Unschädliches darin, daß die Prüfungen durch ungeprüfte Meister vollzogen werden, da früher solche nicht vorgehrieben waren. Die Prüfungen überhaupt halte er für nützlich und notwendig, da Jeder, der etwas leisten soll, die Befähigung dazu nachweisen müsse. Auf einen bezüglichen Einwurf des Redners entgegnete Hr. Dr. Schwarz, er sei insofern bei der Frage theilhaftig, als er zu den Consumenten gehöre, die durch Aufhebung der Gewerbebeschränkungen billigere Preise erwarten. — Anlehnend an die vom Minister für Handel, Gewerbe &c. aufgestellten Fragepunkte bezeichnete Hr. Theod. Delsner als die nun speziell zu erörternden Hauptpunkte: die Abgrenzung der Gewerbe; die Prüfungen und im Anschlusse daran die Lehrverhältnisse; die Innungs-Organisation. Nach Verlesung der einschlägigen Gesetzes-Paragraphe wandte sich die Debatte zunächst dem ersten Gegenstande zu. Als eine statistisch festgestellte Thatsache führte der Vorsitzende an, daß in Oestrichen, wo unbeschränkte Gewerbebefreiung herrsche, weniger Handwerksmeister auf die Bevölkerung kämen, als da, wo Abgrenzungs- und Prüfungszwang bestehe. Hierauf erwiderte Hr. Fabriten-Commissar Hofmann, in jenen Gegenden könnten eben nicht viele Meister existiren, dagegen müßten um so mehr Gesellen für die weniger Begünstigten arbeiten. — Man fragte, wie es zugehe, daß nicht alle Meister ihre Gewerbe fabrikmäßig betreiben, wie in England, wo bei weit höhern Arbeitslöhnen, die Gewerbebefreiung sich als etwas Gutes erwiesen; und zu einer ganz andern Stufe der Industrie geführt habe, der wir nur mühsam nachhinken. Darauf wurde entgegnet, daß die Meister hier zu Lande nicht die nöthigen Mittel hätten, und ihnen überdies oft die erforderlichen billigen Arbeitskräfte fehlten. Hr. Simon machte zur Orientirung über die von Handwerkern selbst (in der bairischen Pfalz) konstairirten Vortheile der Gewerbebefreiung, die sich jetzt fast in ganz Deutschland Bahn zu brechen scheint, auf einen kurzen Ausfall in der Sonntags-Nr. der Breslauer Zeitung aufmerksam, und Hr. Delsner empfahl ein Schreiben über „die preussische Gewerbebefreiung“ von Bergius. Hr. Hauptmann Fellner erklärte die Nothwendigkeit einer freieren Bewegung in den Gewerben damit, daß Manche durch irgend eine neue Erfindung der einträglichsten Beschäftigung beraubt, und bei Gewerbebeschränkung nichts anderes anfangen dürfe. Wie Hr. Hipauf hervorhob, wird die Abgrenzung der Gewerbe in der Praxis schon nicht mehr so streng als sonst gehandhabt, und ist vom hiesigen Magistrat nach Anhörung der Innungsvorstände die Zusammenlegung aller verwandten Gewerbe beantragt. Dazu bemerkte Hr. Simon: Wenn die Praxis die Abgrenzung als unausführbar dargehan habe, so möge man das Gesetz ändern. Obwohl während der ganzen Debatte sich Niemand gegen die Aufhebung der Gewerbeabgrenzung ausgesprochen hatte, wurde doch vom Vorsitzenden ein Beschluß provocirt, welcher fast einstimmig dahin gefaßt wurde:

Die heutige Gewerbe-Vereins-Versammlung erklärt sich gegen die bisherige Abgrenzung der Gewerbegebiete.

Weitere Verathung über die noch restirenden Fragepunkte blieb der nächsten Versammlung vorbehalten, welche künftigen Montag stattfinden soll.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Paris, 19. Nov., Mittags 12 Uhr 15 Min. Die Börse ist in Folge der heutigen Mittheilung des „Constitutionnel“ in sehr günstiger Stimmung. Die 3pCt. eröffnete zu 70, 07, Lombarden stehen 523.

Paris, 19. Nov., Nachm. 3 Uhr. Nachdem die Rente zu 70, 07 eröffnet hatte, fiel sie auf 70, 05, sodann auf 69, 95, hob sich später auf 70, 20 und schloß sehr fest zur Notiz. Consols von Mittags 12 Uhr waren 92 1/2 eingetroffen. Schluß-Course: 3p. Rente 70, —, 4 1/2p. Rente 96, 20, 3p. Spanier 48 1/2, 1p. Spanier —, Silber-Anleihe —, Oest. Staats-Eisenbahn-Aktien 513, Credit-Mobiliar-Aktien 785, Lombard. Eisenbahn-Aktien 523, Oesterr. Credit-Aktien —.

London, 19. Nov., Nachm. 3 Uhr. Börse sehr fest. Silber 61. — Consols 92 1/2, 1p. Spanier 42 1/2, Mexitaner 27 1/2, Sardinier 82 1/2, 5p. Russen 100 1/2, 4 1/2p. Russen 92 1/2, Hamburg 3 Monat 13 1/2, 8 1/2 Sch., Wien 14 1/2, 23 Kr. Der Dampfer „Teutonia“ ist aus Newyork eingetroffen.

Wien, 19. Nov., Mitt. 12 Uhr 30 Minuten. Sehr günstig. 5p. Metalla 67, 50, 4 1/2p. Metalla 58, 25, Bank-Aktien 750, Nordbahn 204, 70, 1854er Loose 89, 25, National-Anl. 81, 60, Staats-Eisenbahn-Cert. 278, —, Creditaktien 183, 20, London 138, 75, Hamburg 103, 25, Paris 54, 40, Gold —, Silber —, Elisabethbahn 159, —, Lomb. Eisenbahn 261, —, Neue Loose 120, —, 1860er Loose 82, 60.

Frankfurt a. M., 19. Nov., Nachm. 2 Uhr 30 Minuten. Oesterreichische Effekten in Folge höherer wiener Notirungen merklich besser. Schluß-Course: Ludwigsbafen-Verbauch 134 1/2, Wiener Wechsel 84 1/2, Darmst. Bank-Aktien 200, Darmst. Renteblatt 241 1/2, 5p. Metalla 67, 47 1/2, 4 1/2p. Metalla 41 1/2, 1854er Loose 62 1/2, Oesterr. National-Anleihe 57 1/2, Oesterr. Franz. Staats-Eisenbahn-Aktien 237, Oesterr. Bank-Antheile 632, Oesterr. Credit-Aktien 153 1/2, Neueste Oesterr. Anleihe 60 1/2, Oesterr. Elisabethbahn 112, Rhein-Nabe-Bahn 19, Mainz-Ludwigsbafen Litt. A. 110 1/2.

Hamburg, 19. Nov., Nachm. 2 Uhr 30 Min. Börse fest, aber stille. Schluß-Course: National-Anleihe 58 1/2, Oesterr. Credit-Aktien 64 1/2, Vereinsbank 101 1/2, Norddeutsche Bank 89 1/2, Disconto 4 1/2, Wien —, Petersburg —.

Hamburg, 19. Nov. [Getreidemarkt.] Weizen loco fester, ab auswärts fest gehalten, aber stille. Roggen loco unverändert, ab Königsberg pr. Frühjahr 91—92 gebalt, 90—91 wohl einzeln zu bedingen. Del pr. Nov. 27 1/2, pr. Mai 27 1/2, Raffee rubig.

Liverpool, 19. Novbr. [Baumwolle.] 3,000 Ballen Umsatz. — Matie Haltung.

Breslau, 20. Nov. Wind: Süd-West. Wetter: trübe. Thermometer 1° Wärme. Barometer 27 1/2. Der Wasserstand der Oder erhält sich niedrig. Von schles. Waaren waren am heutigen Markte die Getreidezufuhren nur mittelmäßig, von galizischen in mittleren und geringen Qualitäten befriedigend, Weizen ziemlich reichlich.

Weizen erhielt sich bei rubiger Kauflust im Preise schwach behauptet; pr. 84pfd. weißer 75—91 Sgr., gelber 75—89 Sgr. — Roggen feine Sorten ohne Aenderung; pr. 84pfd. 55—60 Sgr., feinsten 61—62 Sgr. — Gerste preishaltend; pr. 70pfd. weiße 43 1/2—44 1/2 Sgr., helle 41 1/2—42 1/2 Sgr., gelbe 38—41 Sgr. — Hafer gefragt; pr. 50pfd. schlesischer 23—26 Sgr. — Erbsen und Widen wenig beachtet. — Delsaaten schwach offerirt. — Schlaglein behauptet.

Table with 2 columns: Sgr. pr. Schff. and Sgr. pr. Schff. containing various grain prices like Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, Erbsen, Kleesaat, etc.

Rohes Rüböl pr. Ctr. loco 12 1/2 Thlr. Br., November 12 1/2 Thlr. Br., Frühjahr 12 1/2 Thlr. Br. — Spiritus pr. 100 Quart à 80 % Tralles loco 18 1/2 Thlr. Geld, November 18 1/2 Thlr., Frühjahr 18 1/2 Thlr.

Verantwortlicher Redakteur: R. Birtner in Breslau. Druck von Graß, Barth und Comp. (W. Friedrich) in Breslau.